

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Herausgeber: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postcheckkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtgirokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile über deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einschluß 90 Pf. Erhöhung auf Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen u. Stellenangebote. — Schlüß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beilweise Nebenblätter: Landtags-Billage, Verkaufsliste von Pflanzen auf den Staatsforstrevieren.

Berantwortlich für die Redaktion: J. V. Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 93

Dresden, Mittwoch, 22. April

1925

## Die Regierungserklärung des Kabinetts Painlevé.

### Ein demokratisches Programm mit den Grundsäcken der Politik Herrichts.

Paris, 21. April.

Ein Teil der französischen Presse glaubte noch heute möglicherweise zu können, daß die Regierungserklärung des Ministeriums Painlevé weitgehende Zugeständnisse an die Opposition enthalten werde. Tatsache ist aber, daß das Programm, mit dem sich das Ministerium Painlevé heute den beiden Häusern des Parlaments vorgestellt hat, ein demokratisches Programm im besten Sinne des Wortes ist, das sich mit Ausnahme des Streits um die Gewandschaft am Balkan und der Einführung der französischen Segebung in Elas-Dochingen selbst die Grundsätze der Politik Herrichts zu eigen macht.

Die Erfahrung weist in ihrer Einleit auf die beiden Hauptprobleme hin, deren Lösung sich das Ministerium zum Ziele gesetzt hat: die Sicherheitsfrage und die Sanierung der Finanzen.

Zoß Frankreich sieben Jahre nach einem gewonnenen Kriege sich noch mit Schwierigkeiten dieser Art herumzuschlagen habe, sei gewiß eine schwere Enttäuschung, aber das Kabinett halte es für seine Pflicht, den Bürgern offen ins Auge zu lehnen. Die Hoffnung, volle Wiedergutmachung für alle erlittenen Schäden zu erhalten, die an der Realität der Dinge gescheitert sei, habe die früheren Regierungen manche voreilige Lösung abnehmen lassen, die jeder neue Aufschub nur verengt habe.

Inzwischen habe das französische Volk, der ewigen Bedrohungen mürde, seinen souveränen Willen dahin kundgegeben, daß es den Frieden und die Sicherheit auf dem Wege der Achtung der Verträge und die Festigung der Wirtschaft durch Gerechtigkeit auf dem Gebiete der Steuer- und Finanzpolitik wolle.

Diese Forderungen, die die legitime Meinungsäußerung der Wählerschaft zum Ausdruck gebracht habe, seien die Richtlinien für die Politik des bevorzugten Ministeriums gewesen; sie würden auch für die Politik des neuen Kabinetts maßgebend sein. Für ihre Verwirklichung rügt die Regierung auf die Rücksicht aller Bürger, denen das nationale Interesse über der Partei und dem eigenen Vorteil stehen.

Über die auswärtige Politik des neuen Kabinetts heißt es in der Regierungserklärung: „In den bevorstehenden internationalen Verhandlungen wird die Regierung in erster Linie die weitere Durchführung des Dawes-planes und die

### Regelung des Problems der internationalen Schulden

Darüber hinaus wird es ihr oberstes Ziel sein, die Garantien für den Frieden und die Sicherheit zwischen den Völkern zu verbessern, die noch vor kurzem hart und tapfer in der Gewalt eines gegenseitigen Vertrags eingetragen haben. In menschiger Freiheit gegenüber allen feinen Verbündeten, gerecht und friedlich gegen alle Völker, hat Frankreich den aufrechten Menschen dazu beigebracht, der Welt den Frieden und die Ruhe zu geben, deren diese so notwendig bedarf."

Die erste Bedingung für einen dauerhaften Frieden sei allerdings, daß Frankreich selbst in Sicherheit leben könne.

Sicherheit, Gerechtigkeit, Friede und Entwaffnung, das seien die drei Hauptziele, auf denen das Generalkonsortium, der erste Schritt eines großen internationalen Friedensvertrages, aufgebaut sei. Die neue Regierung werde an diesen drei Grundsätzen festhalten mit dem doppelten Ziel, einmal das Unternehmen mit denjenigen Nationen aufrechtzuhalten, die

im Kriege Verbündete Frankreichs gewesen sind, dann aber, in vollem Einverständnis mit dem von allen ehemaligen Frontkämpfern ausgesprochenen Wunsche, das Werk, die Autorität und die Organisation des Völkerbundes zu entwickeln, diesem dem Beitritt aller Staaten zu sichern und so die Wiederversöhnung der Nationen vorzubereiten, ohne welche die gesamte europäische Zivilisation zugrunde zu gehen drohe.

Die glückliche Lösung dieses augenpolitischen Problems werde in weitgehendstem Maße die von dem Lande geforderte Gleicherstellung der militärischen Lasten begünstigen, deren Verwirklichung die Regierung mit vollem Nachdruck betreiben werde.

**Das Finanzprogramm**  
enthält an erster Stelle das formale Ver-

sprechen, daß der Haushaltssatz für das Jahr 1926 durch Streichung aller überflüssigen Ausgaben ins volle Gleichgewicht gebracht werde und der Anleihepolitik ein für allemal ein Ende gemacht werden soll.

Die Regierungserklärung spielt sodann auf die lösliche der augenblicklichen Krise an und gibt der Überzeugung Ausdruck, daß es der Regierung gelingen werde, sie mit Hilfe des Parlaments und des Landes zu überwinden. Erst dann werde die endgültige Finanzreform in Angriff genommen werden können, die neue schwere Opfer von allen fordern werde. Bestimmte Ansätze über die Absicht der Regierung auf diesem Gebiete enthält die Erklärung nicht. Sie beschränkt sich auf einen Appell an die Opferwilligkeit und Mitwirkung aller Schichten bei dem

unausschöpfbaren Sanierungsziel, das die Regierung im Geiste demokratischer Steuer-Gerechtigkeit vorbereite.

Zu der

**Frage des Balkans**  
erklärt die Regierung, daß sie dem erbitterten Streit, der das Land zu spalten drohe, ein Ende zu machen wünsche, indem sie einen mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Beamten in Rom beläßt. Auf der anderen Seite werde sie aber die Achtung vor der Balkangesetzgebung unter allen Umständen durchzusetzen wissen.

In der  
**Angliederung Elsaß-Lothringens**  
auf dem Gebiete der Verwaltung und Gesetzgebung werde es das Bestreben des Ministeriums sein, alle unnötigen Reibereien zu vermeiden und, den wohlwollenden Rechten der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung Rechnung tragend, das Werk der Anpassung organisch fortzuführen.

Auf dem Gebiete der inneren Politik sieht die Regierung mit Rücksicht auf die Finanzlage zu ihrem Bedauern genötigt, auf kostspielige soziale Reformen zu verzichten. Um so nachdrücklicher werde sie dagegen das Werk der Demokratifizierung und des sozialen Fortschritts fortführen, daß unerlässlich sei, um eine Atmosphäre nationaler Einigkeit zu erzeugen und in den Massen der wirklichen Bevölkerung nicht das Gefühl aufkommen zu lassen, daß sie in einer Zeit, wo das Leben des Arbeiters besonders hart und schwer ist, von den öffentlichen Gewalten vergessen werden. Deshalb werde die Regierung die Verabschiedung des Sozialerleichterungsgesetzes im Senat mit allen Mitteln beschleunigen, das Koalitionsrechtshüten, die Biedermeier-Einstellung der Eisenbahner betreiben und die Durchführung des Reichstagsabendes gemäß den Bestimmungen des Washingtoner Abkommen sichern. Die Regierungserklärung schließt mit der an das Parlament gerichteten Aufforderung, zunächst die Taten der neuen Regierung abzuwarten und sie danach zu beurteilen; wenn jedoch das Parlament glaube, dem Kabinett kein Vertrauen entgegenbringen zu können, so möge es das Schicksal des Landes unverzüglich einer anderen Regierung anvertrauen, da die gegenwärtige Lage keinen Aufschub dulde.

Zum Schluß gelangte einstimmig eine Entscheidung  
zur Annahme, in der es u. a. heißt:  
dass die Vorstände der deutschen Wertpapierbörsen mit der Reichsregierung in dem Grundgedanken des Erlasses der Papiermarktanleihen des Reiches und der Länder durch eine Ablösungsanleihe einverstanden sind und auch den Plan der Gewährung einer Zukunftsvergütung durch eine Rente an die wirtschaftlich Schwachen billigen. Sie waren jedoch bei der Ausführung dieser Absichten vor neuen Ungerechtigkeiten und der Beliebung allgemeiner Interessen und verhinderten deshalb die verschiedenen Behandlung von Alt- und Neubesitz. Abgelehnt von der technisch kaum zu leistenden Arbeit durch die Banten, widerstand sie durchaus ungern, weil Alt- und Neubesitz lediglich gleichbedeutend sei mit Besitz der Geduldigen und Wohlhabenden. Unvermeidbar sei sie auch mit dem Wesen der Anleihen als Inhaberpapiere und den Gründen der borsengeschäftlichen Regelung und der Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel, auf die sich die Gewerbe von Anleihen verlassen haben. Deshalb wurde ein solcher Vorgang das Vertrauen zu den deutschen Staatsanleihen aufzärkte erschüttern und die notwendige Unterbringung länziger Anleihen ernsthaft gefährden und dem Schuh und Hebung verlangenden Ansehen Deutschlands im Auslande einen Raum erträglichen Schlag zufügen.

Dringende Bedenken seien gegen die Auswertungsvorschläge für die K-Schakanweisungen, die Zwangsanteile und die Sparprämienanleihe geltend zu machen. Die Vorstände der deutschen Wertpapierbörsen erheben deshalb im Namen der durch sie vertretenen Wirtschaftskreise entschieden Widerpruch gegen den Auswertungsentwurf, betonen aber gleichzeitig, daß sie die Regierung in der Durchführung der zweitmäßigen, den berechnigten Werten Rechnung tragenden Ablösung zu unterstützen bereit sind.

**Die Kammeröffnung.**  
**Scharfe Angriffe auf Gaillaug.**

Paris, 21. April.  
Seit vielen Jahren berichtet kein solcher Antrag zu der Kammeröffnung wie heute. Von der Kammer bis zu der Konföderation haben Hunderte Auftreibungen genommen in der Hoffnung, während der Sitzung noch Einlaß zu finden. Kurz nach 3 Uhr stromen die Abgeordneten in den Sitzungssaal. Als der ehemalige Ministerpräsident Herricot erscheint, erhält sich die gesamte Linke und brachte ihm stehend minutenlang eine stürmische Applaudierung; es erkönt der Ruf: „Gescheh Herricot!“ Wenige Minuten darauf erfolgte der Eintritt des neuen Ministeriums. Painlevé bestieg die Tribüne, um von der ministeriellen Vollärzung Kenntnis zu geben. Noch selten durfte in einem Parlament die programmatische Erklärung der neuen Regierung für mittlerer unterbrochen worden sein. Wiederholte unterbrochen Abgeordnete der äußersten Rechten den Ministerpräsidenten, indem sie auf Gaillaug zeigten und sich in beleidigenden Zusätzen ergingen. So vernahm man wiederholte: „Nieder mit Gaillaug. Seine Ernennung ist eine Belästigung der Gefallenen!“ Als Painlevé von der Beisehaltung des Vertreters beim Balkan sprach, klatschte die Opposition lebhafte Beifall; einzelne ihrer Mitglieder riefen: „Zawod, das ist der Kanossapong!“ Auch die Erwähnung von Elsaß-Lothringen rief bei der Opposition ironischen Beifall hervor. Im weiteren Verlauf der Sitzung muhte der Ministerpräsident wieder-

## Die Börsenvorstände zur Aufwertungsfrage.

Berlin, 21. April.

In der Industrie- und Handelskammer Berlin fand unter Beteiligung der zuständigen Reichs- und Staatsbehörden eine Versammlung der deutschen Börsenvorstände statt, die sich mit den aus dem Entwurf des Auswertungsgesetzes zu erwartenden Folgen für die Anleihenbesitzer und den Börsenverkehr beschäftigte.

Rektor Dr. Steiniger versprach, dem Börsenverein aus, daß die die Auswertung dieser

**Unterschiedliche Behandlung von Alt- und Neubesitz**  
dem Charakter des Inhaberpapieres widerspreche. Für die Länder und Kommunen sei noch keine endgültige Regelung vorzusehen. Die Bewegung von Altbesitz habe mit sozialen Radikalismus nichts zu tun. Banktechnisch sei die Ausgabe nicht zu lösen. Der Gedanke der Trennung führe auf der Abneigung gegen die Spekulation, die jedoch mit dem Spiel verwechselt werde, während die volkswirtschaftlich nötige Spekulation zur Unterbindung größerer Anleihen nicht zu entkräften sei.

Durch die Ersetzung der Neubesitzer werde die Möglichkeit zur Aufnahme neuer Anleihen in Zukunft verschärft.

Unter der Vorauflösung der Aufgabe der Trennung von Alt- und Neubesitz machte der Redner einen positiven Vorschlag, für den die vorgeschlagene 5 prozentige Auswertung und die jährliche Leistung von 100 Millionen Reichsmark bis zur Tilgung der Anleihe vorangetragen wird.

Die Besitzer der Ablösungsanleihen, deren Höhe der Redner für die Schulden des Reiches und der Länder auf 3,2 Milliarden schätzt, sollen auf jegliche Verzinsung verzichten und ihre Entschädigung in der möglichst raschen Tilgung der Anleihe finden, die auf etwa 15 Jahre gegenüber den 40 Jahren nach dem Regierungsentwurf zu befristen sei.

Durch die Ersetzung der Neubesitzer werde die Möglichkeit zur Aufnahme neuer Anleihen in Zukunft verschärft.

Unterschiedung zwischen Alt- und Neubesitz vom banktechnischen Standpunkt aus für undurchführbar war erklärt.

Woh. Rat Norden vom Reichsfinanzministerium legte noch einmal den Standpunkt der Regierung dar und betonte, daß eine Abneigung gegen eine sich in vernünftigen Grenzen bewegende Spekulation nicht bestehen.

habe eine bessere Regelung der Auswertung für die K-Schakanweisungen in Aussicht und habe zur Beschleunigung der Einführung wegen der banktechnischen Durchführung des Umtausches hervor, daß die Forderungen so einfach wie möglich geholt werden sollen.

Der Vorsitzende des Aufwertungsausschusses Dr. Steiniger versprach, dem Ausschuß über den Verlauf der Versammlung Bericht zu erstatten und bemerkte für sich persönlich, daß er auf Grund der Ausführungen der verschiedenen Redner seine Ansichten über die Auswertungsfrage und das Weinen der Spekulation in diesem Zusammenhang zu korrigieren geneigt sei.

Zum Schluß gelangte einstimmig eine Entscheidung

zur Annahme, in der es u. a. heißt:  
dass die Vorstände der deutschen Wertpapierbörsen mit der Reichsregierung in dem Grundgedanken des Erlasses der Papiermarktanleihen des Reiches und der Länder durch eine Ablösungsanleihe einverstanden sind und auch den Plan der Gewährung einer Zukunftsvergütung durch eine Rente an die wirtschaftlich Schwachen billigen. Sie waren jedoch bei der Ausführung dieser Absichten vor neuen Ungerechtigkeiten und der Beliebung allgemeiner Interessen und verhinderten deshalb die verschiedenen Behandlung von Alt- und Neubesitz.

Abgelehnt von der technisch kaum zu leistenden Arbeit durch die Banten, widerstand sie durchaus ungern, weil Alt- und Neubesitz lediglich gleichbedeutend sei mit Besitz der Geduldigen und Wohlhabenden. Unvermeidbar sei sie auch mit dem Wesen der Anleihen als Inhaberpapiere und den Gründen der borsengeschäftlichen Regelung und der Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel, auf die sich die Gewerbe von Anleihen verlassen haben.

Deshalb wurde ein solcher Vorgang das Vertrauen zu den deutschen Staatsanleihen aufzärkte erschüttern und die notwendige Unterbringung länziger Anleihen ernsthaft gefährden und dem Schuh und Hebung verlangenden Ansehen Deutschlands im Auslande einen Raum erträglichen Schlag zufügen.

Dringende Bedenken seien gegen die Auswertungsvorschläge für die K-Schakanweisungen, die Zwangsanteile und die Sparprämienanleihe geltend zu machen.

Die Vorstände der deutschen Wertpapierbörsen erheben deshalb im Namen der durch sie vertretenen Wirtschaftskreise entschieden Widerpruch gegen den Auswertungsentwurf, betonen aber gleichzeitig, daß sie die Regierung in der Durchführung der zweitmäßigen, den berechnigten Werten Rechnung tragenden Ablösung zu unterstützen bereit sind.

Wiederholte unterbrochen Abgeordnete der äußersten Rechten den Ministerpräsidenten, indem sie auf Gaillaug zeigten und sich in beleidigenden Zusätzen ergingen.

So vernahm man wiederholte: „Nieder mit Gaillaug. Seine Ernennung ist eine Belästigung der Gefallenen!“

Als Painlevé von der Beisehaltung des Vertreters beim Balkan sprach, klatschte die Opposition lebhafte Beifall;

einzelne ihrer Mitglieder riefen: „Zawod, das ist der Kanossapong!“ Auch die Erwähnung von Elsaß-Lothringen rief bei der Opposition ironischen Beifall hervor.

Im weiteren Verlauf der Sitzung muhte der Ministerpräsident wieder-

holt minutenlang waren, bis er sich wieder Gehör verschaffen konnte.

Sofort, nachdem er seine Rede beendet hatte, verließ der Präsident der Kammer die einzegangenen

#### fünf Interpellationen,

deren sofortige Diskussion gefordert wurde.

Als erster Interpellant erklärte Abg. Marcel Gachin (komm.), seine Partei erwarte von der neuen Regierung nichts, habe jedoch die Pflicht, die Regierungserklärung zu prüfen. Nach seiner Ansicht beständen zwischen den Grundsätzen der Regierung Herzlot und den Versprechungen der Regierung Painelevé Übereinstimmungen. Die Senatsmitglieder, die dem Ministerium angehörten, hätten zum Teil das leiche Kabinett abgrenzen helfen. Zweifellos stelle man einen Einfluss der Bankiers auf die Politik fest. Die Bankiers aber seien es gewesen, die das Kabinett Herzlot zu Fall gebracht hätten. Recht vorge setzt die Regierungserklärung hinsichtlich der finanziellen Lösung, die man erwartete.

Marcel Gachin besprach dann die auswärtige Politik. Er forderte, daß der Dawesplan so durchgeführt werde, daß das deutsche Kapital und nicht der deutsche Arbeiter zu leisten habe. Das Vorsetzte Protokoll sei ebenso tot wie der Vertrag von Versailles. Die Angeklagten hätten Differenzen vorgebracht. Alle Nationen bewaffneten sich. England suchte Verbündete, namentlich gegen Russland, das man als Feind der City von London darstelle. Gachin wies dann auf die faschistische Gefahr hin, die in Frankreich bestehe, und erklärte schließlich, seine Partei werde sich an dem Kampfe gegen Caillaux nicht beteiligen.

Als zweiter Interpellant erklärte hierauf Abg. Bertrand, Vorsitzender der nationalen Vereinigung der Frontkämpfer, die ehemaligen Frontkämpfer hätten mit Entsetzen die Ernennung Caillaux zum Finanzminister erfahren.

Er glaubte nicht, daß Frankreich schon so weit gekommen sei, um zwischen Caillaux und dem Vorsitzenden zu müssen.

Wenn man bis 1917 zurückdenke, dann müsse man feststellen, daß Defensivismus geherrscht habe, obwohl das Einigtheit der Vereinigten Staaten in den Krieg angekündigt worden sei. In diesem Augenblick habe sich Clemenceau erhoben und sei gegen Caillaux vorgegangen. Die Kommerz habe damals die Immunität Caillaux' aufgehoben.

(Von der Linken wird gesagt: Auf Wunsch von Caillaux selbst Caillaux sei verhaftet und vom Staatsgerichtshof unter der Beschuldigung des Einverstandes mit dem Feinde verurteilt worden. Caillaux hätte die Revolution seines Prozesses sondern müssen; er habe es aber vorgezogen, durch die niedrige Stufe der Amnestie in die Kammer zurückzukehren. (Im weiteren Verlauf der Auseinandisungen bestand ist es wiederholzt zu lebhaften Unterredungen von Seiten der Linken gekommen.) Was man Caillaux hauptsächlich zum Vorwurf machen müsse, sei, daß Caillaux am Sieg Frankreichs geweisselt habe.

Der Abg. Bertrand erklärte am Schlusse seiner Rede,

er verwiegere der Regierung nicht nur das Bestimmen, sondern er betrachte auch die Anwendung Caillaux' in der Kammer als Herausforderung der Toten und der Lebenden.

Im Laufe der Interpellationsdebatten erklärte Painelevé:

Wie könne die Kammer an Caillaux zweifeln, da er es gewesen sei, der nach und

## Die Unterdrückung des Aufstandes in Bulgarien.

### Die Regierung Janloff Herr der Lage.

Sofia, 21. April.

Regierungskräfte und Volksmiliz haben die kommunistische Bewegung in den Kreisen Schumen und Warna vollständig niedergeschlagen. Ein großer Teil der Revolutionäre hat sich bedingungslos ergeben. Beim Vorteil Alsjura versuchte eine bewaffnete Bande von Emigranten aus Südmännen die bulgarische Grenze zu überschreiten. Sie wurde jedoch mit Maschinengewehren und Artillerie zerstört. Die Regierung Janloff ist jetzt Herr der Lage in ganz Bulgarien. Bis jetzt sind über 300 Gefangene in die Gefangenlager eingeliefert worden. Verhaftungen werden weiterhin in großer Zahl vorgenommen. Die beiden Führer des linken Flügels der Bauernpartei, Petrin und Grantcharoff, wurden, als sie sich der Verhaftung durch die Armee entziehen wollten, erschossen. Heute nachmittag tritt die Sobranie zusammen, um die Erklärung des Kriegsstandes und die Tätigkeit der Kriegsgerichte zu kontrollieren. Von Regierungssseite verlangt, daß für die Familien der beim Attentat Getöteten eine entsprechende Pension gezahlt werden soll. Den Konsuln, die vom Attentat betroffen worden sind, soll ein Notarrium gewährt werden.

**Janloffs Verweisungslampf und Tod.**

Sofia, 21. April.

Janloff, der als das Haupt der kommunistischen Verschwörung in Bulgarien angesehen wird, ist heute im Generalschiff mit Polizisten, die ihn verhassten wollten, erschossen worden.

Über die Erschießung Janloffs meldet die Bulgarische Telegraphen-Agentur noch folgende Einzelheiten: Janloff war in einem niedrigen Gebäude in einem entlegenen Viertel Sofia um-

eingesperrt worden. Die Polizei, die ihn unbedingt lebendig gefangennehmen wollte, sorgte ihn wiederholts auf, sich zu ergeben. Janloff, der sich in einem Keller gut versteckt hatte, lehnte dies ab. Von 3 Uhr nachmittags bis Mitternacht wurden die Besuche, Janloff zur Kapitulation zu bewegen, fortgesetzt. Schließlich bestürzte die Polizei einen der Mitarbeiter Janloffs, einen ehemaligen Offizier namens Rodjeloff, der seit einigen Tagen verhaftet ist, damit Janloff zur Übergabe zu überreden. Rodjeloff aber mache mit Janloff gemeinsame Sache, sodass die Polizei, um den Widerstand der beiden Verschwörer zu brechen, schäfer vorgehen musste. Von beiden Seiten wurde leicht geschossen. Die Polizei warf Handgranaten auf das Gebäude, das schwach Feuer fing. Aus den Trümmern des Hauses wurden später die Leichen Janloffs und Rodjeloffs herausgezogen.

Janloff ist ein Sohn des verstorbenen Obersten Janloff, der in der mazedonischen Bewegung eine herausragende Rolle gespielt hat. Er selbst war Chef der militärischen Abteilung der Kommunisten und eines der einflussreichsten Mitglieder des Geheimkomitees.

### Verhaftung bulgarischer Verschwörer in Berlin.

Berlin, 21. April.

Die politische Polizei hat eine Sitzung junger ausländischer Kommunisten abgehalten, die unter Leitung des Vorsitzenden des bessigen bulgarischen Studentenvereins kommunistischer Richtung Dr. Boitissi stand. 38 kommunistische Bulgaren, die an dieser Zusammenkunft teilgenommen haben, sind wegen Verdachts, mit den Sozialisten verbündet in Verbindung zu stehen, verhaftet worden. Über ihr Schicksal sind gegenwärtig Verhandlungen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem bulgarischen Gesandten im Gange.

Es werde das Budget für 1925 so rasch wie möglich verabschieden lassen und es werde sich bemühen, ein im Gleichgewicht befindliches Budget zu erreichen. Dann werde es von der Verwaltung Vorschläge für das im Juli vorliegende Budget einfordern. Dieses Budget werde alle Ausgaben und die entsprechenden Steuern aufnehmen. Wiedann werde die große Sanierungsoperation einsetzen, die eine Währungsoperation sein werde.

### Die Senatsitzung.

Paris, 21. April.

Auch im Senat zeigte sich ein ungeheurender Jubelzug zu den Tribünen. Die Verleugnung der Regierungserklärung durch den Justizminister Sieg wurde im großen und ganzen mit Ruhe aufgenommen, jedoch lösten die Stellen, die sich mit dem steuerlichen Maßnahmen beschäftigten, bei der Mehrheit Heiterkeit aus, und als von der Wiedereröffnung der Eisenbahner gesprochen wurde, wurden sogar Proteste laut. Als Steig seine Rede beendet hatte, wurde von der Linken gerufen: Und die Wahlreform? Der Senatspräsident läudigte heraus, daß der Senator Gautier de Villaine eine Interpellation in die Regierungserklärung ein-

gestellt habe. Die Beratung dieser Interpellation wird auf einen Tag festgesetzt, an dem der Ministerpräsident im Senat anwesend ist.

### Das Vertrauensvotum der Kammer.

Paris, 21. April.

Die Kammer hat mit 304 gegen 218 Stimmen der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

### Klage Stresemanns gegen einen deutschnationalen Bekleidiger.

Berlin, 22. April.

Ein Berliner Mittagblatt meldet gestern, daß Dr. Stresemann gegen den deutschnationalen Major a. D. Prigge, der in einer Sitzung des Reichstags am 20. März Stresemann einen Landesverräter genannt hatte, Strafantrag gestellt hat.

Die volksparteiliche „Zeit“ bestätigte diese Nachricht.

Das „8-Uhr-Abendblatt“ teilt mit, daß auch ein Landrat Herzfeld, der, wie verlautet, ebenfalls der Deutschnationalen Volksfront angehört, die gleiche verleumderische Beschuldigung gegen Dr. Stresemann erhoben habe. Möglicherweise wird die Bekleidungsfrage auch gegen ihn erhoben.

Der „Volkszeitung“ berichtet: Die Deutschnationalen Parteileitung lehnt es selbstverständlich ab, für eine Entgleisung eines einzelnen, die sie auf allein stände mißbilligt, wenn sie tatsächlich geschehen sein sollte, verantwortlich gemacht zu werden. Sogar Major Prigge wirklich jene Äußerung getan haben, so wird sein Auschluss aus der Deutschnationalen Volkspartei die selbstverständliche Folge seines Verhaltens sein.

Im Wahlmaterial des Reichstags heißt es nach dem „Vorwärts“:

Wer ist Marx?

Der Reichskanzler der uns verfeindenden Dawes-Politik.

Der Führer, der Deutschland an das amerikanische Kapital ausgeliefert hat.

Der das Elsass preisgeben will (Sicherheitspakt).

Also ein Nazi.

An anderer Stelle wird gesagt:

„Aber wenn die Dawes-Politik ein Erfolg war, so war sie ein amerikanischer, kein deutscher. Denn mit der Dawes-Politik hat Marx die deutsche Wirtschaft dem amerikanischen Kapital ausgeliefert, und wenn sich die Bayrisch-Marx zusammen mit den amerikanischen Großjuwelen, von den Dawes-Viertägigen eine Bedeutung Europas verprach, damit Deutschland arbeiten und Reparationen zahlen kann, so ist diese Hoffnung schon verloren.“

„Wie sie die Wirtschaft mit den Dawes-Politikern auseinanderleben, so wollen sie jetzt das Elsass noch einmal und freimilitärisch preisgeben in ihrer Sicherheitspolitik.“

In immer neuen Kapitulationen besteht die Außenpolitik der Linken.

## Kunst und Wissenschaft.

**Mozartabend im Volkssaal.** Trotz der entzückenden Musik zählt Mozarts Spieloper „Così fan tutte“ zu den Schwierigkeiten des Meisters. Wegen des „Schlußseitigen“ und „abfolgenden“ Teigsbuches, das indes elter wähnt, vielbeladenen Begebenheit im Wien Joseph II. entspricht und vom Übertritten da Ponte nachgebildet wurde. Man hat unterschiedlich verstanden, den Text zu bearbeiten, Schiedmanet felsz legte den Muß das Buffspiel „Tante Kobold“ unter (Dresden 6. 6. 1909). Der zweitälteste interessante Versuch schielte an Mozart's Musik, die zu ihrem Wiener Zusatz gehörte. Richard Wagner heilte den „Fagott“ weit höher als „Così fan tutte“. Peter Nitsch sagte: „Ich kenne vor jeder Oper. Die Eleganz mit ihrer mehr fröhlichen Ansicht über die „Bedienlichkeit“ des wissenswerten Textbuches soll endlich dem Werke den verdienten Platz im Spielplan geben. Nicht aber in der sogenannten Schneider'schen Bearbeitung, die Apelmeister Helig Petrenz seiner gestrichen Auführung zugrunde legte. Diese Fassung enthält den Radikalfehler, daß die böse Despina die Schlüsse vorher verrät. Das darf nicht sein. Vielleicht trifft Ed. Devrient's Einrichtung die für heute mögliche Mitt., zwischen den „Besserern“ und „Verbesserern“. Im übrigen war die gestrig Vorstellung recht schön. Schade, daß sich Petrenz nicht an den Dresdner Mozart-Verein gewandt hatte, der doch für seinen Schauspielkunst sehr zu hohen ist. Die Schreiber waren zu dünn oder, wenn man will, zu blauäugig. Auch die E-dur-Kriez might wegbleiben, vermutlich, weil ein leistungsfähiger Vertreter für das Hornhole fehlt. Ganz vorzüglich hielten sich die Damen. Margarete Speckis Potemkin-Sopran verriet keine Schüre. Die Stimme „Mia“, die hat Schmelz, Farbe und Ausdruck.“

(Apelmeister). Minti Schmiders sommertwelches, unverblümtes Organ fiel sogleich auf. Auch im Spiel zeigten beide Sängerinnen sich als starke Begabungen. Eine Opernsoubrette mit eitem Theaterblatt und natürlichem gewinnender Komik ist Senia Striegler, die Tochter Georg Strieglers. Sie hatte bald die Bader auf ihrer Seite, besonders in den verschiedensten Verwandlungen. Nicht ganz so glücklich schritten die Herren der Schöpfung ab. Knut Beckmans Tenorstimme ist noch etwas spröde und ungelungen, wenn auch im Hörte nicht ohne Kraft. Richard Kreuziger bot eine ungleiche Leistung; so oft er allein sang. Lang der Borkin recht angenehm; im Ensemble sah die Stimme stellenweise bis zur Tonlosigkeit herab. Eine Mädchensang der Schaphorn mit kurzer Laufzeit wirkte den Vorlesestil des Staates bedeutend. Die Nähe der Regierung können kurz dahin zusammengefaßt werden:

Violine und Klavier von Dipl. Schäfer, dessen Name in Dresden bereits bekannt ist. Das Werk ist instrumentengerecht gesetzt und zeigt sicheres Formgefühl im Sinn: der flüssigen Vorüber, Freude am Alten befreit die lyrischen Stellen, gewinner Rhythmus das Scherzo. Viel Reiz bringt der bewegte Schlussakkord, der wie die übrigen Teile von Konzertmeister Stefan Frey und Frau Johanna v. der Wissel ganz prächtig im Zusammenispiel ausgeführt wurde. Die hochbegabte und sensuelle Pianistin hatte auch Gelegenheit, in Einzelstücken ihre Ausdruckskunst zu zeigen, so bei dem farbenreichen „Holländischen Tanz“ von Otto Appelsoorn, bei einem Walzer von Dipl. Schäfer und bei dem „Cantabile“ von Brundt-Hod, dessen Lied „André beten zur Madonna“ in Deutschland viel gefangen wird. Frau Minnie Radier-Wijerheld Bisdorf bot Bilder des vorgenannten Komponisten („Sonnenlag“), von Cahn, v. Henze und B. v. D. Eggers-Meyer, dessen „Weißer Kleiber am Dolosweiher“ (v. Sauten) mit leicht starken Beifall fand, obwohl das Gesangsinstrument der Sopranistin nicht recht in Ordnung zu sein schien und ihre Besitzerin, besonders bei dem späteren Bildern in deutscher Sprache (Marz, Wallfert, Föhne), nicht immer gehörte.

Der antike Garten und sein Gegenbild im Barock und Rokoko lautete das Thema, das Dr. Heinrich Sulze, Bildhauer an der Technischen Hochschule für Geschichte der Gartenkunst, in der Schlussrede der Gesellschaft für Altertumswissenschaft behandelt. Es galt den Nachweis zu führen, daß auch in der so vergangenen Gartenkunst eine lebendige Tradition aus der Antike in die spätere Hochkunst sich ausdehnt; daß der antike Garten im Mittelalter Westeuropa und bei den Völkern des Islam weiterlebt, und daß der französische Bergarten des Barock und sein Übergang in den englischen Landschaftsgarten auf parallele Erscheinungen in den östlichen Kulten zurückgeführt werden kann. Für uns ist dieses Merkmal des hellenistischen oder klassischen geprägten Hofgartens

romischen Gartens sind sehr merkwürdige Beobachtungen bei den Ausgrabungen Pompeji von grundlegender Bedeutung geworden. Die zu höchsten Einheit entwickelte Ausgrabungstechnik der neueren Zeit und der daraus ausgeführte Bild liefern nach Entfernung der Verschleißmaschen des Beton im geschwungenen Boden der pompejanischen Palastgärten leichte Einblicke erkennen, die nichts anderes als die ehemaligen Standplätze von Blumen sein können, und die, in bestimmten Linienzügen verlaufend, die Einfassungen der antiken Gartenelemente festzuhalten erlauben. Einmal größere Gruben innerhalb der Wälle selbst gelgen die Stellen an, wo größere Blumenkübel oder Blumenbeete standen. Diese Spuren nachgewiesen hat man durch Neupflanzungen an den bezeichneten Stellen den antiken Gärten in Pompeji zu neuem Leben erweckt, wobei eindrucksvoller als in dem heutigen Betrieb der ganze Ort und Zauber des verhuschten und neuverblühten Gartens wieder umschlägt. Die Formen und Arien der zur Neupflanzung verwendeten Blumen und Sträucher entnahm man den Materialien auf den umlaufenden Wänden des Tempels, die als Sockelkreise einzelne Pflanzbildungen als leichte Dekoration aufrichten, Bildern der Natur der Fläche angeleitet, die nun zur Blütezeitung eben dieser Natur den Weg weisen.

Dieselben Wände zeigen aber weiter in ihren oberen Teilen kleine tierliche Gartendekore gewählt, oder auch große, reich geschnürrte Gartenspaltete, von niedrigen Säulen umgeben, die mit menschlichen Ausbildungungen versehen, Bildern oder Dekorationsfiguren umspannen. Eine Besonderheit bilden Kreise in Säulen, auf denen man sich zum behaglichen Ruhen hinstreift und die man als Vorhalle oder Paradieserweiterung ansehen kann. Und so liefert die Umwall Pompeji ein reiches tierisches oder menschlichen gehaltetes Ausstattung.

**Bayern und Hindenburg.**

München, 19. April.

Die Spaltung innerhalb der Bayerischen Volkspartei für Hindenburg hat in den letzten Tagen bedeutende Fortschritte gemacht. Nachdem die beiden Wahlkreise Wassenberg Land und Stadt in fast dichten Verlaufenen Zusammensetzungen eine Empfehlung der Kandidatur Hindenburg für die Wähler abgelehnt und entgegen der Parteiparole

die Freigabe der Abstimmung beschlossen haben, liegen heute weitere Beschlüsse gegen Hindenburg von elf Ortsgruppen der Bayerischen Volkspartei vor.

\*

München, 21. April.

Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei erklärt, daß sich an dem Besluß des Landesausschusses vom 10. April zugunsten Hindenburgs weder etwas rückteln, noch etwas hinzufügen lasse. So selbstverständlich sei es, daß die Partei keinen Gewissensdruck anzuhören könne, ebenso klar sei es, daß sie erwarten muß, daß der bewussten Führung das Vertrauen entgegengebracht werde, gut und richtig beraten zu haben.

Die Stimmen auf der Bayerischen Volkspartei gegen Hindenburg und für Maiz nehmen in diesen zu.

**Ruprecht für Hindenburg.**

München, 21. April.

Der Erkönigprinz Ruprecht hat eine Bildung verfehren lassen, daß er die Wahl eines Mannes bedauern würde, der wie Maiz der Ausspruch gelan hat, ein paar komplizen französischer Belebung könnten Bayern schaden.

\*

Die angebliche Ausführung, die Maiz zu gewähren wird, ist entstellt. Seine Worte waren eine ironische Wendung, welche die Hohheit nationalistischer Ausübung bayerischer Politiker gezeigt habe.

\*

**Befürchtungen eines französischen Sozialisten ob der Kandidatur Hindenburg.**

Genf, 21. April.

Der Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs Paul Faure schreibt in der Genfer "Travail" über Hindenburgs Kandidatur: Schon die Ankündigung Hindenburgs hat die französischen Volksmassen tief erregt. Seine Wahl würde gerade in den französischen Arbeiterkreisen ihre salinische Wirkung tun, da sie in ihm das Symbol des drohenden Krieges seien. Ich habe in Deutschland den Eindruck des Kabinett-Poincaré unterlebt und umgefahrt der das Wiederum Hertot. Politische Ereignisse in Deutschland und Frankreich bedingen sich wechselseitig: jeder Sieg der deutschen Reaktion stärkt die französische, die sowieso die Finanzmarktwerte des Landes zu einer nationalistischen Fuge antriebt. Am Vorabend der französischen Gemeindewahlen am 3. Mai kann die Wahl Hindenburgs die verhängnisvollste Bedeutung bekommen. Mehr als je ist also die Zusammenarbeit der deutsch-französischen Friedensfreunde notwendig, um den realistischen Ansturm zu brechen und den Frieden zu schützen.

**Deutschnationale Wahlpraktiken.**

Berlin, 21. April.

Das "Berliner Tageblatt" veröffentlicht am Montag das Protokoll über eine vertrauliche Sitzung des Vorstandes der Deutschnationalen Partei. Es heißt in dem Dokument u. a.:

Minister Schiele: Niederlage Hindenburg verhindert uns. Bei der Indifferenz des Vorwahl-Ausschusses ist es schwer, eine schlagkräftige Propaganda zu erhalten. Deshalb hat Deutschnationale Volkspartei die ganze Propaganda auf sich selbst genommen. 50 000 M. sind von der Hugenotze-Siege gekommen. Das gleiche gilt von dem Sieg im Tiefland. Schiele fordert Genehmigung, Kredit in Anspruch nehmen zu dürfen. Politische Lage nach vorliegenden Beziehungen durchaus unklar.

Bei Niederlage dürfte die leichte Hoffnung der Deutschnationalen, zum mindesten für die nächsten sieben Jahre, völlig vereitelt sein.

Dr. Weiß: Es sind noch 500 000 M. notwendig. Ich habe gefragt, ob ich 100 000 M. Schulden machen könnte und habe von der Parteileitung ein "Nein" zur Antwort erhalten. Ich habe sie trotzdem gemacht. (Lachen) Wir sind vollständig bis auf den letzten Pfennig aufgeplumpt. 50 000 M. bis 600 000 M. sind jedoch unbedingt notwendig, für die Propaganda dieser Woche, bei der vor allem die Provinzpreise und zwar die kleinen Blätter, zu berücksichtigen sind, die jetzt ablesbar, unentzettelbar Wahlauflage zu bringen.

Es gehen jetzt täglich an 1100 Blätter Wahlen heraus. Es genügt, wenn wir einen Kredit von 500 000 M. in Anspruch nehmen müssen. Ein Vertreter aus Liegnitz: Auf geschickte Flugblätter kommen wir vor allen Dingen an.

Auch wir müssen handgemachte Flugblätter herausgeben.

Der Leiter der Wahlpropaganda: Die Hilfe der anderen Parteien ist gleich Null. Die Differenz mit der Deutschnationalen ist behoben. Leider ist noch nicht ein Teil der erforderlichen Mittel vorhanden...

Der Vorsitzende: Vor allem ist es auch notwendig, sich an die Katholiken zu wenden, wobei ich hoffen möchte, daß die in Aussicht stehende Kundgebung des Papstes gegen die Verbindung des Reichs mit der Sozialdemokratie noch rechtzeitig kommt. Diese Hoffnung ist nach verschiedenen Berichten der letzten Tage gegeben. Diese Veröffentlichung würde zunächst im "Osterkalender Romano" erfolgen. Nachdem wir jenseits mit der Deutschen Volkspartei

so fest gegen eine gewisse Persönlichkeit zusammengestanden haben, ist die Auswirkung dieses nunmehr vollzogenen Zusammenschlusses für den zweiten Wahlgang gegeben.

Ein anderer Vertreter: Reichsbannertrümmer mit Wahl machen tatsächlich großen Einfluß, besonders, wo sie sich mit ostdeutschen Kandidaten vereinen.

Schläger Schädingen: Wir sind zu schwach, zu sehr durchsetzt bereits von demokratischer Entwicklung. Entweder wir siegen oder wir besiegen uns.

unter das laudatorische Zech Stresemann.

Nach ich bekannte folgendes:

Der Reichsblock ist ein unzähliges Konglomerat.

In vielen Landesteilen ist der Einfluss der Deutschen Volkspartei katastrophal. Wir führen

im Reichsblock und wie müssen führen. Die Deutsche Volkspartei ist gezwungen, mit und zusammenzuwirken, weil sie ihre Niederlage im Vorwahl-Ausschuss einseht.

Der Vorsitzende: Ich freue mich über das Verhältnis zur Deutschen Volkspartei und daß wir die Führung an uns gegeben haben. Wir werden sie auf jeden Fall behalten.

Ein Vertreter Berlin: An die Bayerische Volkspartei ist nicht sicher zu zählen.

Sie agitiert deutlich hinter dem Rücken für Marx. Eine große Hilfe kommt uns jetzt von Hitler, der sich entschlossen für Hindenburg entschieden hat. Er muß unbedingt in Versammlungen in die Industriezentren gebracht werden, so etwa nach Chemnitz. Die Propaganda muß sich sofort mit ihm in Verbindung setzen.

Ein Vertreter von Weimar: Die Presse ist nur noch gegen Geld zu haben. So unglaublich es klug ist, haben Blätter der Deutschen Volkspartei Aufrufe für Hindenburg abgelehnt, falls sie nicht bezahlt würden.

Da die Gegenseite mit allen Mitteln kämpft, so brauchen wir vor Gemeinden nicht zurückzuschrecken.

Wir haben es restlos satt, Herrn Stresemann auch nur einen Schritt noch zu folgen. Leider haben wir im Westen kein Geld, da der Reichsblock und das ganze Deutschland aufgetrennt ist. (Allgemeine Zustimmung.) Wir im Westen arbeiten nicht mehr mit der Deutschen Volkspartei zusammen.

Dr. Weiß: Seit vier Tagen gehen täglich 1600 Blätter mit Wahlen heraus. Die Bevölkerung ist allerdings sehr frustriert, 1100 Zeitungen bekommen schon seit einer Woche die Wahlen unentzettelbar.

Wir haben auch Flugblätter herausgegeben, die Scheinbar nicht von uns stammen und für die Arbeiter bestimmt sind. (Schall gut!) In zwei Stunden findet sich bei mir ein Zeitschriftenkatalog, der folgendes Flugblatt zur Herstellung heute und morgen bearbeiten wird: Um Kopie die Bilder von Hindenburg und Marx. Marx ist klein und hässlich und Wasserstoff. Weiß betont, daß dies keine Statuette sei, sondern eine tatsächliche Photographie von Marx, sodass gegen die Gegenstellung nichts einzutwenden sei. Darunter die Frage:

Wollt Ihr Hindenburg oder diesen Marx wählen?

Vertreter von Borsig (Reichsbank) sagt finanzielle Unterstützung zu, weiß jedoch nicht, wohin er zahlen soll.

Vorsitzender: Dr. Weiß: Leider müssen wir mit dem Reichsblock zusammenarbeiten. Leider hat auch Hindenburg erklärt, daß er mit keiner Partei arbeite, sondern nur mit dem Reichsblock.

Ich habe aber die Zeitung am mich gerissen.

Wir haben 40 000 M. für die erste Wahl ausgetragen und sind mit 200 000 M. sagen gescheitert. Angeblich hat auch der Reichsblock jetzt noch Schulden. Zum Beispiel hat sich eine Diktatur geweckt, unsere Flugblätter nochmals zu drucken. Schuld an alledem hat der Ex-Parteichef.

Ein Vertreter der Industrie: Auch wir geben gern und reichlich. Wohin sollen wir jedoch zahlen? ...

Der Vorsitzende entgegnet auf die Bemerkungen eines Redners: Die Frage, ob der Reichsblock nach der Wahl noch bestehen bleibt, erlebt sich eigentlich von selbst.

Der Reichsblock ist nur für die Wahl gebildet und besteht für uns nach der Wahl nicht mehr.

An dieser Veröffentlichung teilte die Deutschnationale Partei durch die Tel. Union u. a. mit:

... Es wird in der Form (1) eines Protocols ein angeblicher Bericht über die geheime Sitzung des Finanzausschusses der Deutschnationalen Volkspartei gebracht, der durch seine äußere Form den Anschein erweckt soll, als ob es sich um eine wörtliche oder auch nur sinngemäße Wiedergabe der dort stattgehabten Aussprache handelt. Um einer Legendenbildung vorzubeugen, wollen wir kurz den tatsächlichen Sachverhalt wiedergeben. Der Reichsblock und in ihm besonders die Deutschnationale Volkspartei sind nicht in der Lage, für die Wahlkampf über so große Geldmittel zu verfügen, wie sie der Linken zufließen. Leitende Stellen der Deutschnationalen Volkspartei haben deshalb gestern noch einmal in mündlicher Aussprache einen

Aufruf um finanzielle Unterstützung an diejenigen Kreise ihrer Anhängerchaft gerichtet, von denen sie eine solche Förderung erhoffen können. Es ist selbstverständlich, daß bei dieser Gelegenheit die Verhandlungen im Reichsblock dargestellt und beprochen werden und auch ausgesprochen worden ist, was nie ein Geheimnis war, daß vor der Entscheidung über die Kandidatur des zweiten Wahlganges zunächst Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen im Reichsblock vereinigten Parteien und Gruppen bestanden haben. Es ist aber ebenso festgestellt worden, daß, nachdem die Entscheidung gefallen war, sämtliche beteiligten Gruppen und Personen jetzt in vollster Harmonie und Loyalität und mit gleichem Eifer und Hingabe zusammenarbeiten.

Es ist insbesondere erwähnt worden, einen wie erhebenden Aufdruck diese Einmündigkeit bei dem Zusammenstoß mit dem Feldmarschall von Hindenburg gefunden hat. Aus dieser Rücksicht auf die Verhandlung macht (2) das "Berliner Tageblatt" eine auch noch für die Gegenwart oder vielleicht sogar für die Zukunft weiterwirkende Differenz. Dass dabei

der Wahrheit zuerst auch der Name des Reichsaußenministers in tendenziöser Weise erwähnt wird,

liegt in der Linie, in der die Kreise der Linken nunmehr schon seit Wochen gegenwärtig innerhalb der Parteien des Reichsblocks hervortreten ver suchen.

Einem Vertreter aus dem Lande werden die Worte in den Mund gelegt, eine ablehnende Stellungnahme des Generals

b. Seest

gegen die Kandidatur Hindenburgs habe außerordentlich geschadet. Tatsächlich ist nur erwähnt worden, daß ein linksdemokratisches Monatsschiff diese wahrheitswidrige, von General b. Seest selbst widerriefene Nachricht gebracht habe. Der Bericht behauptet,

am Sonntag, den 26. April, vermittags 14.15 Uhr besichtigt worden. Aus Heft 10 wird dann darüber als Seite mit Paul Stresemann, Gustav Stresemann und Gustav Dorfmüller-Schreyer (Siegler-Cauer und Mitglieder der Staatsräte) nichts wieder auf dem Programm. Max Adler: Nichts.

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf".

Am Dienstag, den 27. April (Montag) erscheint der "Bericht" (3) des "Berliner Tageblatts" mit dem Titel "Hindenburgs Wahlkampf

es Rehe nach Aufführungen des Versammlungsleiters eine Kundgebung des Papstes gegen die Verbindung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie bevor, die im „Observatoire Romano“ eingescheinen werde. Tatsache ist, daß ein offenbar hochstiliger Artikel des genannten vatikanischen Blattes bereits vor mehreren Tagen erschienen ist der diese Verbindung aus schärfster verurteilt.

### Über das Wahlmaterial des Reichsblocks

Bringt der „Vorwärts“ Enttäuschungen. Er gilt aus ihm u. a. folgende Stellen gegen Marx:

„Dieser leichtsinnige Rheinländer wird wahrscheinlich ein Reichspräsident von Garnebols Gnaden. War schon von diesen Gnaden Ranzler.“

Einen solchen Vertrag an Volk und Land ist ihm

seine persönliche Sittlichkeit und der Machthunger hinter ihm schreender Demagogen, wie Wirth einer ist,

offenbar wohl wert. Durch diesen Vertrag des Herrn Marx entsteht für Preußen und Reich eine außerordentliche Gefahr, der nur mit den stärksten Waffen und durch völkerliche Unruhen im nationalen Lager begegnet werden kann.“

Für die Arbeiter sind Reden bestimmt, die mittelbar

für Thälmann Propaganda machen. So heißt es in einer Rededekoration:

„Millionen von Sozialdemokraten brechen ihre Parteidisziplin, sie wählen lieber Thälmann als den „Pfaffenknecht“, Marx wählen sie nicht. Abrechnung mit Braun, der die größte Partei des Proletariats an die Pfaffen verlaufen hat.“

Das „Berliner Tageblatt“ teilt mit, daß unter den von Dr. Wirth angekündigten, für den Wahlkampf benützten Flugblättern, die Scheindaten nicht von und stammen und für die Arbeiter bestimmt sind, eins geplant ist, das erst am Tage der Wahl, spätestens am Abend vorher herauskommen soll.

Es heißt Marx hat mit einem Geldbund von 700 Millionen, den er den Wirtschaftsschichten reicht.

Es wendet sich „in letzter Minute“ an die Arbeiterschaft mit der Aufforderung, Otto Braun zu wählen.

### Dr. Wirth in Leipziger Wahlversammlungen für Marx.

Leipzig, 21. April. Eine riesige Kundgebung für den Volksblock stand heute abend hier statt. Reichskanzler Dr. Stresemann ins Gericht. Er erklärte, wenn Stresemann eine ehrtliche Politik treiben wolle, müsse er die Kandidatur Hindenburg ablehnen,

wie er dies schon mit dem Reichswehrminister Geßler getan habe, den er für das Ausland untragbar hält. Stresemann rede als Außenminister, wo er schwören könnte. Und nun, wo er reden möchte, schwänge er. Der Redner mahnte zum Schlus, alles einzusehen, damit

die Präsidentenwahl zu einer gewaltigen Demonstration für die Republik

würde. Nach Dr. Wirth sprachen noch die Sozialdemokratie Reichsbahndirektor Lipinski und für die Demokraten Dr. Juncz, die ebenfalls aussorderten, alles zu tun, damit am 26. April der republikanische Präsidentenwahlkandidat als Sieger aus der Wahl hervorgehe.

### Ein Dementi des Reichskanzlers.

Berlin, 21. April. Nach Vereinbarungen soll der Abg. Doos in einer Versammlung in München einen angespannten Aufspruch des Reichskanzlers Dr. Luther mitgetragen haben, daß, wer Verhandlungen mit dem Auslande aus dem Wege gehen wolle, Marx wählen müsse. Hierzu wird von zuständiger Stelle erklärt, daß Reichskanzler Dr. Luther, wie bereits einmal aus Anlaß des gegenwärtigen Wahlkampfes um das Amt des Reichspräsidenten dargetragen, es vermieden hat, zu den bestehenden Einzelländern aus solchen Stellung zu nehmen. Diese Haltung hat Dr. Luther nicht aufgegeben und folgerichtig eine solche Aufführung niemals getan.

### Marx und Hindenburg im Rundfunk.

Berlin, 21. April. Der Kandidat des Volksblocks, Reichskanzler a. D. Wilhelm Marx und der

Kandidat des Reichsblocks, Generalstabschef Hindenburg, werden am Freitag durch den Rundfunk zum deutschen Volke reden. Hindenburg wird von seiner Wohnung in Hannover aus sprechen und Marx wahrscheinlich vom Sender Nürnberg. Die Reden sollen an alle deutschen Sendestationen über das Fernsprechnetz weitergeleitet werden, so daß sie in ganz Deutschland auch mit kleineren Apparaten gehört werden können.

\*

Berlin, 22. April. Nach der „Roten Fahne“ lehnte der Reichsminister des Innern Schiele die schriftlich eingereichte Forderung der kommunistischen Reichstagsfraktion, den Rundfunk auch für die kommunistischen Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl freizugeben, mit der Begründung ab, daß die Voraussetzung, daß die hinter den Kandidaten stehenden Parteien oder Gruppen keine gewaltsame Änderung der Verfassung anstreben, bei dem Kandidaten der kommunistischen Partei nicht vorliegt.

### Eine Untersuchung in Sachsen-Höfe.

Berlin, 21. April. Der Oberstaatsanwalt Linde ist heute vormittag zum preußischen Justizminister berordert worden, um über die Frage der abgelehnten Haftentlassung Dr. Höfles Bericht zu erhalten. Eine Untersuchung soll vom Justizministerium eingeleitet werden, um festzustellen, ob von den in Frage kommenden Gerichtsstellen im Hause Höfle irgendwelche Fehler begangen worden seien. Insbesondere soll die Frage geprüft werden, warum man einen so schwerkranken Mann bis zuletzt in Haft behalten hat.

\*

Berlin, 21. April. Wie der Amtl. Preuß. Justizbeamte von zuständiger Stelle erzählt, hat heute die Sektion der Rechte des früheren Ministers Dr. Höfle Haftgefunden.

Nach dem vorläufigen Urteil der Kräfte hat die Sektion eine bestimmte Todesursache nicht ergeben. Die Kräfte haben sich das abschließende Urteil über die Todesursache bis nach der chemischen und mikroskopischen Untersuchung der von ihnen entnommenen Leicheenteile vorbehalten.

### Kommunistische Verleumder verurteilt.

Leipzig, 21. April. Wegen schwerer öffentlicher Beleidigung hatten sich der Geschäftsführer Bippert und der kommunistische Parteisekretär Arthur Voigt vor dem Schöffengericht zu verantworten. Sie hatten dem sozialdemokratischen Stadtrat Heher zur Last gelegt, daß er Kenntnis von korrumpten Vorgängen in der hiesigen Großmarkthalle hatte, ohne dagegen einzuschreiten. Es soll vielmehr noch hänig Jagdtag bei dem Geschäftsführer aufgeschlagen gewesen sein. In einem Flugblatt, das am Tage vor der Reichstagwahl erschien, wurde die Sozialdemokratie ebenfalls, u. a. auch der Stadtrat Heher aufschwärzt verurteilt.

In der Verhandlung konnten die Angeklagten den Wahlscheinbeweis nicht antreten. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten Bippert wegen öffentlicher Beleidigung und Verleumding

zu zwei Monaten Gefängnis und den Angeklagten Voigt zu einem Monat Gefängnis.

### Debatte über die Sicherheitsfrage.

Paris, 21. April. Im weiteren Verlauf der Kammerdebatte forderte der Abgeordnete Fabry die Regierung auf, die Berichte des Marschalls Foch und des Generals Roche sofort zu veröffentlichen.

Die Kölner Zone könne nicht eher geräumt werden, bevor nicht ein neues Sicherheitssystem geschaffen sei. Der von Deutschland angebotene Sicherheitspakt sei unannehmbar. Es werde kein Vertrauen nur einer Regierung geben, die Gewähr dafür bietet, daß eine Sicherheitspolitik getrieben werde, wie sie die Frankreich unerlässlich sei.

Dazu erklärte der Außenminister Briand, die beste Sicherheit für Frankreich sei, daß in vollkommenem Einvernehmen mit seinen Alliierten zu bleiben. In dem Falle des Völkerbundes seien wichtige Sicherheitsklauseln enthalten,

denn, wenn Frankreich in der entmilitarisierten Zone angegriffen würde, seien alle Nationen verpflichtet, sich an Frankreichs Seite zu halten. Das sei ein richtiger Sicherheitspakt, und von allen Nationen unterzeichnet. Frankreich sei daher nicht isoliert.

Frankreich schloß, er werde weiter verhandeln.

Aber er verpflichtete sich nicht, sich in irgend einer Weise zu binden. Deutschland werde versuchen,

auf den Verhandlungen den weitestgehenden Nutzen zu ziehen. Auf Frankreichs Seite ständen die großen Nationen, was eine Gewähr dafür sei, daß die Weltfriede nicht zerstört werde. Im Auge blieb habe der Völkerbund die Entwicklung Deutschlands in Händen.

Nach der Rede des sozialistischen Abgeordneten Dr. Blum, der der Regierung die Mitarbeit und Unterstützung der sozialistischen Partei ver-

sprach, wurde von den Mehrheitsparteien eine Tagesordnung eingebrochen, die folgenden Wortlaut hat:

Die Kammer ist entschlossen, im Einverständnis mit der Regierung die wichtigste Lösung zu suchen, um die Finanz- und Währungslage vollkommen zu sanieren. Sie spricht der Regierung das Vertrauen aus, daß sie eine Politik des internationalen Friedens, des sozialen Fortschritts, der Laiengesetzgebung und neuzeitlichen Gerechtigkeit vorziehen werde. Darauf helle Painebo die Vertrauensfrage. Die Priorität für diese Tagesordnung gegenüber einer kommunistischen wurde mit 304 gegen 218 Stimmen erreicht, worauf die Tagesordnung in ihrer Gesamtheit durch Handaufheben angenommen wurde.

### Barthou bleibt in der Reparationskommission.

Paris, 21. April. Der französische Delegierte bei der Reparationskommission, Louis Barthou, hat gestern dem Ministerpräsidenten seine Mission überreicht. Ministerpräsident Poincaré hat Barthou im Namen des Kabinetts des vollen Vertrauens der neuen Regierung versichert, Barthou erklärte, daß er unter diesen Umständen sein Amt beibehalten wolle.

**Paris, 21. April.** Der französische Delegierte bei der Reparationskommission, Louis Barthou, hat gestern dem Ministerpräsidenten seine Mission überreicht. Ministerpräsident Poincaré hat Barthou im Namen des Kabinetts des vollen Vertrauens der neuen Regierung versichert, Barthou erklärte, daß er unter diesen Umständen sein Amt beibehalten wolle.

**Brüssel, 21. April.** Die Rechtsguppen im Senat und in der Kammer haben beschlossen, durch ihre Vertreter den sozialistischen Delegierten ihre Entscheidung vom 18. April mitzuteilen, in der die Bildung eines Blocks der Rechten angekündigt wird. Die liberale Linke in Kammer und Senat beschloß, dem Ministerium ihre Mitarbeit zu verweigern.

### Bildung eines Reichsblocks in Belgien.

Brüssel, 21. April. Die Rechtsguppen im Senat und in der Kammer haben beschlossen, durch ihre Vertreter den sozialistischen Delegierten ihre Entscheidung vom 18. April mitzuteilen, in der die Bildung eines Blocks der Rechten angekündigt wird. Die liberale Linke in Kammer und Senat beschloß, dem Ministerium ihre Mitarbeit zu verweigern.

### Amerika und Russland.

London, 22. April. Die „Morningpost“ schreibt: Aus Washington verlautet, daß das Staatsdepartement an die amerikanischen Poststellen in Europa eine Note gesandt habe, in welcher zu deren Privatinformation mitgeteilt wird, daß die Politik der amerikanischen Regierung hinsichtlich der Anerkennung Russlands keine Änderung erwartet habe und daß vorerst die vom Staatssekretär Hughes gestellten Bedingungen erfüllt werden müßten, bevor die Frage einer Anerkennung Russlands angeschritten werden können.

**Paris, 21. April.** Die „Morningpost“ schreibt: Aus Washington verlautet, daß das Staatsdepartement an die amerikanischen Poststellen in Europa eine Note gesandt habe, in welcher zu deren Privatinformation mitgeteilt wird, daß die Politik der amerikanischen Regierung hinsichtlich der Anerkennung Russlands keine Änderung erwartet habe und daß vorerst die vom Staatssekretär Hughes gestellten Bedingungen erfüllt werden müßten, bevor die Frage einer Anerkennung Russlands angeschritten werden können.

**Warschau, 21. April.** Heute vormittag hatte der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch mit dem polnischen Außenminister Skrzynski eine längere Konferenz. Um 1 Uhr mittags wurde Benesch vom Präsidenten der Republik empfangen, der ihn zu einem Mittelpunkt ihrer dreiständigen Amtshandlungen die jeweilige Rolle der Frau von hiesigen Zuständigen mitspielen sollte. Am gleichen Tage müßten alle Regierungsbemühungen ansehen. Seelisches Unbehagen, hysterie, räches Allem, geheime Laufen, die Krankheiten der Wechseljahre und die meisten anderen Arten von Frauenschäden seien vielleicht auf die gleiche Art wie schlechten Empfang auf Störungen durch Empfangsapparate mit Rückkopplung zurückzuführen. Es wird daher kaum darum aufmerksam gemacht, daß beim Einsatz der Apparate mit Vorsicht zu verfahren und Peisen unbedingt zu vermieden.

**Der Allgemeine Dresdner Eingehandel.**

verband hält am Dienstag, 28. April, abends 17.30 Uhr im Saale des Hotels Bristol, Brünlasplatz, seine Mitgliederversammlung ab. Es werden sprechen: Geheimrat Dr. Debie (Dir. d. Sächs. Bank) über „Geld und Wirtschaft in der Gegenwart“, Prof. Dr. Kastner, Dr. L. über „Der Eingehandel und die Steuerreform“. Außerdem steht noch einige wichtige verbandsamtliche Fragen zur Diskussion. Weiterhin sind wiederum Filmvorführungen vorgesehen.

**Berlino, 21. April.** Die „Berlino“ hat die Übersicht

der Tageszeitungen über schlechten Empfang auf Unterhaltungsrundfunk und die Störungen durch Empfangsapparate mit Rückkopplung zurückzuführen. Es wird daher kaum

daran gedacht, die Apparate mit Vorsicht zu verfahren und Peisen unbedingt zu vermieden.

**Das Urteil im Tschela-Prozeß.**

**Drei Todesurteile.**

Leipzig, 22. April, 2.40 mittags.

Im Tschela-Prozeß verhandelte der Vorsitzende des Staatsgerichtshofs heute nachmittag 1/2 Uhr nach Verlesung der Urteile um 1 Uhr mittags wurde Benesch vom Präsidenten der Republik empfangen, der ihn zu einem Mittelpunkt ihrer dreiständigen Amtshandlungen die jeweilige Rolle der Frau von hiesigen Zuständigen mitspielen sollte.

Es wurden verurteilt: Neumann zum Tode, 8 Jahren Zuchthaus, 500 M. Geldstrafe,

Poegge zum Tode, 7 Jahren Zuchthaus, 500 M. Geldstrafe, Globewohl zum Tode, 12 Jahren Zuchthaus, 500 M. Geldstrafe und Ausweisung aus dem Reichsgebiet, Marges zu 15 Jahren Zuchthaus, 500 M. Geldstrafe, 10 Jahren Ehrenhaftes Verbannung, Stellung unter Polizeiaufsicht, 5 Jahren Zuchthaus, 500 M. Geldstrafe, 5 Jahren Zuchthaus, 500 M. Geldstrafe, Dienner 5 Jahren 1 Monat Zuchthaus, 300 M. Geldstrafe, Mens 3 Jahren Zuchthaus, 300 M. Geldstrafe, Moersner 1 Jahr 9 Monate Zuchthaus, 200 M. Geldstrafe, Mayer 6 Jahren Zuchthaus, 500 M. Geldstrafe, Kuhls 2 Jahre 3 Monate Gefängnis, 200 M. Geldstrafe, Hule 6 Jahre 3 Monate Gefängnis, 200 M. Geldstrafe, Hallup 2 Jahre Gefängnis, 200 M. Geldstrafe, Antors 2 1/2 Jahre Gefängnis, 200 M. Geldstrafe, Lenisse 1 Jahr Gefängnis, 100 M. Geldstrafe, Frau Lenisse 5 Monate Gefängnis, 100 M. Geldstrafe.

**Die Todesurteile.**

Am Montag, 22. April, 2.40 mittags.

Im Tschela-Prozeß verhandelte der Vorsitzende des Staatsgerichtshofs heute nachmittag 1/2 Uhr nach Verlesung der Urteile um 1 Uhr mittags wurde Benesch vom Präsidenten der Republik empfangen, der ihn zu einem Mittelpunkt ihrer dreiständigen Amtshandlungen die jeweilige Rolle der Frau von hiesigen Zuständigen mitspielen sollte.

Es wurden verurteilt: Neumann zum Tode, 8 Jahren Zuchthaus, 500 M. Geldstrafe,

Poegge zum Tode, 7 Jahren Zuchthaus, 500 M. Geldstrafe, Globewohl zum Tode, 12 Jahren Zuchthaus, 500 M. Geldstrafe und Ausweisung aus dem Reichsgebiet, Marges zu 15 Jahren Zuchthaus, 500 M. Geldstrafe, 10 Jahren Ehrenhaftes Verbannung, Stellung unter Polizeiaufsicht, 5 Jahren Zuchthaus, 500 M. Geldstrafe, 5 Jahren Zuchthaus, 500 M. Geldstrafe, Dienner 5 Jahren 1 Monat Zuchthaus, 300 M. Geldstrafe, Mens 3 Jahren Zuchthaus, 300 M. Geldstrafe, Moersner 1 Jahr 9 Monate Zuchthaus, 200 M. Geldstrafe, Mayer 6 Jahren Zuchthaus, 500 M. Geldstrafe, Kuhls 2 Jahre 3 Monate Gefängnis, 200 M. Geldstrafe, Hule 6 Jahre 3 Monate Gefängnis, 200 M. Geldstrafe, Antors 2 1/2 Jahre Gefängnis, 200 M. Geldstrafe, Lenisse 1 Jahr Gefängnis, 100 M. Geldstrafe, Frau Lenisse 5 Monate Gefängnis, 100 M. Geldstrafe.

**Die Todesurteile.**

Am Dienstag, 23. April, 2.40 mittags.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofs füllte in dem Verhandlungsausschuß die Tagesordnung aus.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofs füllte in dem Verhandlungsausschuß die Tagesordnung aus.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofs füllte in dem Verhandlungsausschuß die Tagesordnung aus.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofs füllte in dem Verhandlungsausschuß die Tagesordnung aus.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofs füllte in dem Verhandlungsausschuß die Tagesordnung aus.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofs füllte in dem Verhandlungsausschuß die Tagesordnung aus.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofs füllte in dem Verhandlungsausschuß die Tagesordnung aus.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofs füllte in dem Verhandlungsausschuß die Tagesordnung aus.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofs füllte in dem Verhandlungsausschuß die Tagesordnung aus.

</div

## Amtlicher Teil.

### Kraftfahrzeugverkehr zur Reichspräsidentenwahl.

Die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 12. August 1922 über Einschränkung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen am Sonn- und Feiertagen — Nr. 188 der Sächs. Staatszeitung vom Jahre 1922 — wird für Sonntag, den 21. April dieses Jahres, wegen der an diesem Tage stattfindenden Wahl des Reichspräsidenten erster Kraft gesetzt. Die für Sonn- und Feiertage für den Kraftfahrzeugverkehr verbotenen Straßen dürfen mithin an diesem Tage befahren werden. 411 IV

Dresden, am 18. April 1925. 479

Ministerium des Innern.

Die Gemeinde Sebnitz hat sich am 1. 4. 1925 mit der Stadt Glauchau vereinigt. II G; E 8/2/24

Ministerium des Innern, am 21. 4. 1925.

### Anweisung an die Gehaltsrechner.

Die Gehaltsrechner für die Volks- und Fortbildung (Berufsschule) werden angewiesen, die Gehaltsbogen für den Monat Mai erst dann an die Schlosser abzugeben, wenn sie im Besitz der ihnen in den nächsten Tagen durch die Bezirkschule zugehenden weiteren Anweisung über die Ausfüllung des Gehaltsbogens sind.

Dresden, den 21. April 1925.

Ministerium für Volksbildung.

Die Erb-, Bauern- und Zimmerarbeiten für die Bahnhofseinrichtungen des neuen Haltepunktes Dresden-Mauen (1420 qm Bahnhofsbefestigung, Lieferung und Verarbeitung von 30 cbm Holz verschiedener Abmessungen und von 600 qm Dachdeckung und Dachholzung) sollen vergeben werden. Rechnungen und Bedingungen liegen beim untergeordneten Amt (Nummer 59) aus. Preislisten sind dort, wodurch der Vorrat reicht gegen poststille Einsendung von 1.50 RM. zu beziehen. Angebote sind bis 8. Mai vorm. 10 Uhr einzureichen und werden zu dieser Zeit geöffnet. Befragungsfrist: 4 Wochen. Kaufauftrag unter den Bewerbern und Ablehnung ähnlicher Angebote vorbehalten. 463

Eisenbahn-Neubauamt Dresden-N., Strehlener Straße 12 III.

Auf Blatt 243 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Braunkohlenwerke Borna, Aktiengesellschaft in Borna betr., ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 17. März 1925 hat die Umstellung des Grundkapitals durch Erhöhung derselben auf acht Millionen Reichsmark, in zwanzigfachem Anteil zu je vierhundert Reichsmark je Anteil, beschlossen. Die Umstellung ist durchgeführt. Der Gesellschaftsvertrag vom 29. Dezember 1916 ist durch den gleichen Beschluss laut Notarprotokoll vom 17. März 1925 in den §§ 5, 21 und 22 abgeändert worden. 473

Borna, 14. April 1925. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 1124 des Handelsregisters, die Firma „Gutehoffnungs-Wirtschaftsamt, Geschäftsbüro“ mit beschränkter Haftung in Freiberg, ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Kaufmann Ernst Willy Fischer im Freiberg ist zum Liquidator bestellt. 461

Amtsgericht Freiberg, 21 April 1925.

Auf Blatt 469 des Handelsregisters des Amtsgerichts Großenhain, betr. die Firma Leonhardt & Krüger, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Großenhain, und Blatt 15402 des Handelsregisters des Amtsgerichts Dresden, als des Gerichts der Gewerbeaufsicht, ist eingetragen worden: Die Gesellschafterversammlung vom 22. Januar 1925 hat die Umstellung des Stammkapitals durch Erhöhung auf 450000 Reichsmark beschlossen. Die Erhöhung ist erfolgt. Der § 3 des Gesellschaftsvertrags ist durch denselben Beschluss laut Notarprotokoll von gleicher Tag dementsprechend abgeändert worden. 462

Amtsgericht Großenhain, 21. April 1925.

Auf Blatt 141 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma Karl Seifert in Jöhstadt und als deren Inhaberin Frau Anna Frieda verw. Seifert geb. Borberger, derselbe, eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation von Kindertüllionen, Schreibblättern usw. und Verkauf von Gummiwaren. 474

Amtsgericht Jöhstadt, 20. April 1925.

Auf Blatt 1170 des Handelsregisters ist heute die Firma Curt Schellbachs Erben in Schleife und als deren Inhaberin Frau Anna Frieda verw. Schellbach geb. Borberger, derselbe, eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation von Kindertüllionen, Schreibblättern usw. und Verkauf von Gummiwaren. 463

Amtsgericht Meuselwitz, 20. April 1925.

Das im Grundbuche für Oberhermsgrün Blatt 35 auf die Namen der Wloda les. Oehme, Hedwig vgl. Härtner geb. Oehme, Martha Ida Oehme und Frieda vgl. Kraus geb. Oehme eingetrennte Grundstück soll am 15. April 1925, vormittags 10 Uhr an der Gerichtsstelle zum Zwecke der Aufhebung der Eigentümergemeinschaft zwangsläufig versteigert werden. 465

Das Grundstück, ein Baugrund, besteht aus den Gebäuden Nr. 9 der Ortslage und den Flurstücken Nr. 17a, 17b, 302, 303, 306, 386, 391, 402, 405, 406, 407, 410, 418, 420, 421, 431, 435, 437, 439, 441 und 625b des Flurbuchs für Oberhermsgrün, nach dem Flurbuche zusammen 12 ha 60,1 a groß. Das Grundstück ist einschließlich der Gebäude auf 18000 RM. das lebende und tote Zubehör auf 4279 RM. geschäfzt.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchsamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisen, insbesondere der Schäfung, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Einsichtung des am 7. März 1925 verlaufenen Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht erachtlich waren, spätestens im Versteigerungsstermin vor der Aussöderung zur Abgabe von

Geboten angumelben und, wenn die Antragstellerin widerspricht, glaubhaft zu machen, widergesetzenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Versteigerung des Versteigerungssterlos den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden. 461

Amtsgericht Freiberg, 21 April 1925.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Auftrags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens verfehligen, widergesetzt für das Recht der Versteigerungssterlos an die Stelle des Versteigerungssterlos Gegenstandes tritt. 464

Amtsgericht Delitzsch i. B., 17. April 1925.

Auf Blatt 48 des Handelsregisters, die Firma C. G. Großmann Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Großdöbendorf betr., ist heute eingetragen worden:

Die Gesellschafterversammlung vom 30. September 1924 hat laut notarieller Niederschrift vom gleichen Tage die Umstellung des Stammkapitals durch Erhöhung auf vier Millionen dreihunderttausend Reichsmark beschlossen.

Die Umstellung ist durchgeführt.

Durch den gleichen Beschluss ist der Gesellschaftsvertrag in den §§ 5 und 10 entsprechend abgeändert worden. 475

Amtsgericht Pulsnitz, 31. März 1925.

Im das Handelsregister für den Amtsgerichtsbezirk Reichenbach i. B. ist eingetragen worden:

1. am 15. April 1925 auf Blatt 902, Firma Carl Krüger in Röslau betr.: Carl Friedrich Ferdinand Krüger ist infolge Alters und gescheitert. Das Handelsgeschäft ist eingetragen als persönlich bestehender Gesellschafter der Bankbeamte Johannes Rudolph Krüger in Limbach (Sachsen), jetzt in Röslau, und zwei Kommanditisten;
2. am 18. April 1925 auf Blatt 1306, Firma Teet- und Dörfelstillation Gesellschaft mit beschränkter Haftung im Reichenbach i. B. betr. Durch Gesellschafterbeschluss vom 17. April 1925 ist infolge gerichtlicher Niederschrift vom gleichen Tage die Umstellung durch Erhöhung auf 150000 Reichsmark und die entsprechende Abänderung des Gesellschaftsvertrages in § 6 erfolgt. Die Erhöhung ist durchgeführt. 465

Amtsgericht Reichenbach i. B., den 20. April 1925.

Auf das Handelsregister für den Amtsgerichtsbezirk Reichenbach i. B. ist eingetragen worden:

- a) am 15. April 1925 auf Blatt 902, Firma Carl Krüger in Röslau betr.: Carl Friedrich Ferdinand Krüger ist infolge Alters ausgeschieden. Das Handelsgeschäft ist eingetragen als persönlich bestehender Gesellschafter der Bankbeamte Johannes Rudolph Krüger in Limbach (Sachsen), jetzt in Röslau, und zwei Kommanditisten;
- b) am 18. April 1925 auf Blatt 1306, Firma Teet- und Dörfelstillation Gesellschaft mit beschränkter Haftung im Reichenbach i. B. betr. Durch Gesellschafterbeschluss vom 17. April 1925 ist infolge gerichtlicher Niederschrift vom gleichen Tage die Umstellung durch Erhöhung auf 150000 Reichsmark und die entsprechende Abänderung des Gesellschaftsvertrages in § 6 erfolgt. Die Erhöhung ist durchgeführt. 469

Amtsgericht Reichenbach i. B., den 20. April 1925.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf Blatt 302, die Auto-Magnetapparatebau Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Jöhstadt betr.: Die Gesellschafterversammlung vom 9. April 1925 hat die Umstellung des Stammkapitals von 20000 Papiermark auf zehntausend Reichsmark beschlossen.

Die Erhöhung ist erfolgt;

b) auf Blatt 313, die Auto-Zelle Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Jöhstadt betr.: Die Gesellschafterversammlung vom 9. April 1925 hat die Umstellung des Stammkapitals von 20000 Papiermark auf zehntausend Reichsmark beschlossen.

Die Erhöhung ist erfolgt. 477

Amtsgericht Jöhstadt, 18. April 1925.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf Blatt 302, die Auto-Magnetapparatebau Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Jöhstadt betr.: Die Gesellschafterversammlung vom 9. April 1925 hat die Umstellung des Stammkapitals von 20000 Papiermark auf zehntausend Reichsmark beschlossen.

Die Erhöhung ist erfolgt;

b) auf Blatt 313, die Auto-Zelle Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Jöhstadt betr.: Die Gesellschafterversammlung vom 9. April 1925 hat die Umstellung des Stammkapitals von 20000 Papiermark auf zehntausend Reichsmark beschlossen.

Die Erhöhung ist erfolgt. 477

Amtsgericht Jöhstadt, 18. April 1925.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf Blatt 302, die Auto-Magnetapparatebau Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Jöhstadt betr.: Die Gesellschafterversammlung vom 9. April 1925 hat die Umstellung des Stammkapitals von 20000 Papiermark auf zehntausend Reichsmark beschlossen.

Die Erhöhung ist erfolgt;

b) auf Blatt 313, die Auto-Zelle Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Jöhstadt betr.: Die Gesellschafterversammlung vom 9. April 1925 hat die Umstellung des Stammkapitals von 20000 Papiermark auf zehntausend Reichsmark beschlossen.

Die Erhöhung ist erfolgt. 477

Amtsgericht Jöhstadt, 18. April 1925.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf Blatt 302, die Auto-Magnetapparatebau Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Jöhstadt betr.: Die Gesellschafterversammlung vom 9. April 1925 hat die Umstellung des Stammkapitals von 20000 Papiermark auf zehntausend Reichsmark beschlossen.

Die Erhöhung ist erfolgt;

b) auf Blatt 313, die Auto-Zelle Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Jöhstadt betr.: Die Gesellschafterversammlung vom 9. April 1925 hat die Umstellung des Stammkapitals von 20000 Papiermark auf zehntausend Reichsmark beschlossen.

Die Erhöhung ist erfolgt. 477

Amtsgericht Jöhstadt, 18. April 1925.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf Blatt 302, die Auto-Magnetapparatebau Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Jöhstadt betr.: Die Gesellschafterversammlung vom 9. April 1925 hat die Umstellung des Stammkapitals von 20000 Papiermark auf zehntausend Reichsmark beschlossen.

Die Erhöhung ist erfolgt;

b) auf Blatt 313, die Auto-Zelle Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Jöhstadt betr.: Die Gesellschafterversammlung vom 9. April 1925 hat die Umstellung des Stammkapitals von 20000 Papiermark auf zehntausend Reichsmark beschlossen.

Die Erhöhung ist erfolgt. 477

Amtsgericht Jöhstadt, 18. April 1925.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf Blatt 302, die Auto-Magnetapparatebau Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Jöhstadt betr.: Die Gesellschafterversammlung vom 9. April 1925 hat die Umstellung des Stammkapitals von 20000 Papiermark auf zehntausend Reichsmark beschlossen.

Die Erhöhung ist erfolgt;

b) auf Blatt 313, die Auto-Zelle Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Jöhstadt betr.: Die Gesellschafterversammlung vom 9. April 1925 hat die Umstellung des Stammkapitals von 20000 Papiermark auf zehntausend Reichsmark beschlossen.

Die Erhöhung ist erfolgt. 477

Amtsgericht Jöhstadt, 18. April 1925.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf Blatt 302, die Auto-Magnetapparatebau Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Jöhstadt betr.: Die Gesellschafterversammlung vom 9. April 1925 hat die Umstellung des Stammkapitals von 20000 Papiermark auf zehntausend Reichsmark beschlossen.

Die Erhöhung ist erfolgt;

b) auf Blatt 313, die Auto-Zelle Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Jöhstadt betr.: Die Gesellschafterversammlung vom 9. April 1925 hat die Umstellung des Stammkapitals von 20000 Papiermark auf zehntausend Reichsmark beschlossen.

Die Erhöhung ist erfolgt. 477

Amtsgericht Jöhstadt, 18. April 1925.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf Blatt 302, die Auto-Magnetapparatebau Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Jöhstadt betr.: Die Gesellschafterversammlung vom 9. April 1925 hat die Umstellung des Stammkapitals von 20000 Papiermark auf zehntausend Reichsmark beschlossen.

Die Erhöhung ist erfolgt;

b) auf Blatt 313, die Auto-Zelle Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Jöhstadt betr.: Die Gesellschafterversammlung vom 9. April 1925 hat die Umstellung des Stammkapitals von 20000 Papiermark auf zehntausend Reichsmark beschlossen.

Die Erhöhung ist erfolgt. 477

Amtsgericht Jöhstadt, 18. April 1925.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf Blatt 302, die Auto-Magnetapparatebau Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Jöhstadt betr.: Die Gesellschafterversammlung vom 9. April 1925 hat die Umstellung des Stammkapitals von 20000 Papiermark auf zehntausend Reichsmark beschlossen.

Die Erhöhung ist erfolgt;

b) auf Blatt 313, die Auto-Zelle Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Jöhstadt betr.: Die Gesellschafterversammlung





### Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Großschäfpter in Dresden.

Der über 1400 Mitglieder umfassende Reichsverband der Deutschen Großschäfpter hielt am 18. April im Hotel Adlon in Dresden unter dem Vorzeige des Obermeisters Frömmel-Berlin seine diesjährige Tagung ab. Der Vertreter des sächsischen Wirtschaftsministeriums, Regierungsrat Richter, wies auf die Rüte und Sorgen der verschiedenen Berufskände hin, von welchen auch der deutsche Großschäfpter betroffen sei; alle seien aber an dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens beteiligt. Die sächsische Regierung werde alles tun, um auch die vom Deutschen Großschäfpter verband nach langen Jahren schweren Angst erstickte Bewegungsfreiheit wieder herbeizuführen. Als Vertreter des Deutschen Fleischerverbandes protokolierte dessen Vertreter, Fleischhersteller Drehler-Freiberg, gegen die immer noch in Sachsen bestehende Schlachtersteuer, die das Fleisch als Haupnahmestütze unmöglich verteuere. Nach einem Referat des Großschäfpter Hauptmanns Dresden beschloß der Verbandstag, die sächsische Regierung erneut zu erzählen, das Schlachtersteuer geziert ist und aufzuheben. Der Vertreter des sächsischen Finanzministeriums, Regierungsrat Weber, daß die sächsische Regierung aus finanziellen Gründen gegenwärtig nicht in der Lage sei, die Schlachtersteuer fallen zu lassen. Über Frachten und Frachtfeste für Vieh und Fleisch referierte Syndicus Sydow, Berlin.

Zur geschäftlichen und politischen Lage des Großschäfpter gewährte Oppermann-Hamburg aus, daß das Gewerbe mehr als andere unter der Inflationszeit gelitten habe, das Verlorene sei nicht wieder zu erlangen. Am Großschäfpter gewebe habe sich eine schwere Konkurrenz fühlbar gemacht, die in der Haupthache auf die Wohnungswirtschaft zurückzuführen sei. Infolge des Mangels an gewerblichen Räumen habe sich mancher Ladenbesitzer dem Großschäfpter gewandt; außerdem seien die Nebenbelastungen — Schlachthof, Veterinärgebühren usw. — auf über 100 Prozent gestiegen. Der Verbandstag entschloß sich noch dahin, daß der Großschäfpter Großhändler sei und daß die Vorschriften der kommenden Handwerkerordnung für ihn nicht gälte. Der nächste Verbandstag findet in München statt.

### Die Kurzschrift in der Sächsischen Schule.

Das Ministerium für Volksbildung hat am 9. April verordnet:

Von Ostern ab ist an allen Schulen des Volks- und des Wirtschaftsministeriums, an denen Stenographieunterricht erteilt wird, die Einheitskurzschrift zu lehren. Wo aber der Wunsch besteht, laufende Lehrgänge in der Gabelsbergerischen Stenographie zu Ende zu führen, steht dem bis Ostern 1925 nichts entgegen. Von Ostern 1926 ab darf in einem anderen System als in der Einheitskurzschrift nicht mehr unterrichtet werden.

Die beiden Ministerien wollen geschehen lassen, daß auch solche Lehrkräfte, die die staatliche Stenographieprüfung nicht abgelegt haben und zur Teilnahme an einem Einführungskursus in die Einheitskurzschrift keine Möglichkeit hatten, die aber bisher an ihren Schulen Kurzschriftunterricht erteilt haben, diesen Unterricht auch weiterführen. Es wird dabei vorausgesetzt, daß sich diese Lehrkräfte auf Wege des Selbststudiums mit der Einheitskurzschrift vertraut gemacht haben. Es bleibt vorbehalten, sie zur Teilnahme an einem Fortbildungskursus zu verpflichten.

Von der Ablegung einer Nachprüfung der Lehrkräfte, die bereits die staatliche Stenographieprüfung bestanden haben, soll bis auf weiteres abgesehen werden.

Wegen der Ablegung der staatlichen Stenographieprüfung der übrigen Lehrkräfte der Kurzschrift bleibt späterer Einschluß vorbehalten.

Die Verordnung über den Schulbesuch an staatlich nicht anerkannten Reitertagen vom 9. 3. 1923 ist durch Verordnung vom 14. April dahin abgeändert worden, daß der Antrag auf Bestellung vom Schulbesuch einheitlich für das ganze Schuljahr oder von Fall zu Fall gestellt werden kann.

### Tageschronik.

#### Furchtbare Verzweiflungstat.

Krummuster, 21. April.  
Auf dem zur Landgemeinde Wäsche gehörigen Gutshof Wüschenhof des Gutbesitzers Oberlein erschoss gestern der aus Berlin stammende Gutshäger Neumann, nachdem er fünf Pferde, zwanzig Küchläufe und fünf Schweine durch Schüsse getötet hatte, seine Frau und seine 70 Jahre alte Schwiegermutter. Dann holte er mit Hilfe von Bengeln das Wohnhaus in Brand und verbrachte schließlich Selbstmord. Neumann war vermutlich durch seine ungünstige finanzielle Lage zur Tat veranlaßt worden.

**Der Lustmord bei Eisenberg aufgeklärt.**

Jena, 21. April.  
Auf der Dörracher Flur, Landkreis Jena, wurde am Montagvormittag ein Mordattentat auf ein sechsjähriges Mädchen verübt. Das Kind wurde, in einer Schlinge hängend, an einem Baum aufgefunden. Der Täter wurde auf der Flucht von den Dorfseinwohnern ergreift. Das Kind konnte, obwohl es nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab, noch gerettet werden. Da die Erbringung dieses Attentates dem Eisenberger Morde vom dritten Osterfeiertag ähnlich war, und der ergreifene Täter auch eine Rüstung über Eisenberg fallen ließ, entstand das Thüringer Landesministerium sofort Beamte zu dem neuen Tatort. Der Täter gefaßt, ein Kind in Eisenberg ermordet und im Walde verscharrt zu haben. Er ist überführt, den Eisenberger Morde in grausamer

Weise begangen zu haben. Der Täter ist der am 12. November 1899 in Darscha geborene, beschäftigungsfreie Arbeitnehmer Karl Sommer.

#### 78 Opfer des Reichswehrunglücks geborgen.

Hannover, 21. April.  
Von den insgesamt 81 Opfern des Weltkriegs Unglücks (80 Reichswehrsoldaten und ein Zivilist) sind bis heute 78 geborgen. Die Namen der noch nicht aufgefundenen sind: Hermann Kruschka aus Hamburg und Heinrich Kaelzel aus Neustadt i. Holz, beide Schützen der 14. Kompanie des Infanterieregiments 18 (Delitzsch), sowie Otto Evertsdorff aus Hannover, Schütze der 16. Kompanie des gleichen Regiments.

#### Ein humorvoller Bandit.

Rom, 21. April.  
Aus Genua wird gemeldet, daß zwei Schweizer, die in Begleitung ihrer Frauen die Ruine von Baia aus besuchten, bei einem Dorfe, das durch das Erdbeben von 1887 zerstört worden war, von einem Busch mit vorgehaltener Revolver aufgefordert wurden, ihre Uhren, Schmuckstücke und Briefschaften abzugeben. Nachdem der Busch dies erhalten hatte, bat er die vier Reisenden, sich in ihrem Aufzug nicht weiter strecken zu lassen.

#### Anschlag auf einen Mailänder Personenzug.

Bologna, 21. April.  
In der vergangenen Nacht ist versucht worden, einen Personenzug an Mailand zur Entgleisung zu bringen, indem eine große hölzerne Schwelle unbemerkt auf die Schienen gelegt wurde.

#### Beamten-Antwärter i. W.,

nicht unter 18 Jahre, sachkundig und verkehrsgewandt, für die Stadtbank — Stadtkasse — zu sofortigem Antritt gesucht.

Gelehrte mit Leidenschaft und Begeisterung bis

6. 5. 1925.

Stadtrat Hartha.

#### Der Landwirtschaftliche Kreditverein Sachsen.

Hierdurch laden wir zu der 60. ordentlichen Generalversammlung unseres Vereins, die am Dienstag, den 28. April d. J., mittags 12 Uhr im Weinen Saale des Fremdenhofs „Der Hohen“ in Dresden, Marienstraße 20, stattfinden soll, ein.

Die Mitglieder haben sich durch ihre Stammbuchsticker anzutunnen.

Tageordnung:

1. Vorbericht des Geschäftsbüros für 1924.
2. Bericht des Prüfungsausschusses und Beschaffung über die Abrechnung der Inventur und Bilanz.
3. Beschlusseinführung über die Verwendung des Reingewinns.
4. Wahl von Verwaltungsratsmitgliedern und deren Stellvertretern.
5. Wahl des Prüfungsausschusses.

Dresden, am 8. April 1925.

#### Der Vorstand des Landwirtschaftlichen Kreditvereins Sachsen.

Dr. Schelmer, Vorsteher des Verwaltungsrates. Dr. Mehner, Vorsteher des Direktoriums.

#### bilanz am 31. Dezember 1924 am Schluß des 59. Geschäftsjahrs.

Gewinne	Reichsmark
Unlandbare Zahlbare Zeingold-Barlehen an Grundbesitzer	636 845 40
Unlandbare Zahlbare Zeingold-Barlehen an Gemeinden	225 083 25
Barlehen gegen Sicherungshypothek oder Pfand	374 665 50
Wechselkredite an Landwirte	967 712 95
Zinsenguthaben	342 30
Wertpapiere	296 123
Vertriebsgebände	600 000
Inventar	10 000
Zausende Rechnungen:	
Schulden lt. N. 1 585 051,06	
ab: Gläubiger	1 474 150,17
	110 891 89
	3 221 664 29

Schulden	Reichsmark
Verlösbarbare Zeingold-Bandbriefe	636 845 40
" Kreditbriefe	225 083 25
Stammanteile	26 820
Sonderrechtevermögen	232 470 10
Vertriebsanlagen	5 000
Wertpapieranlagen	1 001 661 68
Auswertungs- u. Umstellungskonto	4 003 68
Abzüge Pfand- und Kreditbriefe	801 620 34
Zinscheinrechnungen	5 815 95
Gewinn	92 344 90
	3 221 664 29

Gericke in Papiermarkt:	
Bardebbare Barlehen	171 600 150
Kreditbriefbarlehen	14 147 705 800
Kreditbare Barlehen	1 781 425
Barlehen gegen Sicherungen	
hypothek	359 610
verlösbarbare Bandbriefe	139 635 875
Kreditbriefe	14 073 224 500
Kreditbare Bandbriefe	1 107 100
einzulösende gelöste Band- und Kreditbriefe	14 701 975

#### Das Direktorium des Landwirtschaftlichen Kreditvereins Sachsen.

Dr. Mehner, Dr. Minckau, Dr. Föhlmann.

Ein japanischer Frachtdampfer gesunken.

London, 21. April.

Nach drakonischen Melouungen sind bei dem an der Küste von Schottland erfolgten Untergang eines japanischen Frachtdampfers 48 Mann ums Leben gekommen.

#### „Los Angeles“ auf der Reise.

Dalchur, 21. April.

Das Kreuzfloss „Los Angeles“ hat mit einer Mannschaft von 500 Männern einschließlich 140 Offiziere und 80 Seeleuten seinen Flug nach dem Reichsverband des deutschen Schneidershandwerks und der Arbeitsgerberverbände für das Schneidegewerbe nach Köln und bildet hier ab. In der ersten Fahrt ist der Reichsverband des deutschen Schuhmachershandwerks in Köln während vier Tagen versammelt. In den Tagen vom 25. bis 28. Juli hält der Reichsverband der Schleifer und Galvanisatoren seine Reichsverbandstagung in Köln ab. Von besonderer Bedeutung für das Handwerk und die ganze Branche sind die großen Ausstellungen, die während der Tagungen der Reichsverbände der Schuhmacher- und Schneidermeister in der Osthalle der Messe stattfinden. Besonders erwähnt sei die Jubiläumsausstellung der Kölnischen Handwerkskammer, die vom 19. Juli bis 23. August in den Kölner Ausstellungshallen stattfindet.

Von hier aus kam Schott durch den Kanal zum Nil, auf dem er nach altem ägyptischen Fahrzeuge erreichte.

#### Köln als Rangreisstadt für das Handwerk.

Belegenlich der Jahrtausendausstellung in Köln werden folgende Reichsverbandstagungen der einzelnen Gewerbe in diesem Jahre in Köln abgehalten werden: den Februar beginnt der Deutsche Drechslerverband, der vom 5. bis 8. Juni in Köln liegt, 14 Tage später kommt der große Handwerksverband des deutschen Schneidershandwerks und der Arbeitsgerberverbände für das Schneidegewerbe nach Köln und bildet hier ab. In der ersten Fahrt ist der Reichsverband der Schuhmachershandwerks in Köln während vier Tagen versammelt. In den Tagen vom 25. bis 28. Juli hält der Reichsverband der Schleifer und Galvanisatoren seine Reichsverbandstagung in Köln ab. Von besonderer Bedeutung für das Handwerk und die ganze Branche sind die großen Ausstellungen, die während der Tagungen der Reichsverbände der Schuhmacher- und Schneidermeister in der Osthalle der Messe stattfinden. Besonders erwähnt sei die Jubiläumsausstellung der Kölnischen Handwerkskammer, die vom 19. Juli bis 23. August in den Kölner Ausstellungshallen stattfindet.

### Invalidendank

Brück zur Hebung der wirtschaftlichen Lage deutscher Invaliden.

Dresden, Johannstraße 8.

1 jüngerer Beamtenantwärter zum sofortigen Antritt gesucht. Diätische Versorgung nach Gruppe V, Dienstklasse C. Im Betriebsangebot gut vorbereitet, sowie fürsichtige und schreibmaschinengewandte Bewerber (der vorstehende) sollen Bewerberungen bis spätestens 30. April 1925 an den unten genannten Gemeinderat einreichen.

Gemeinderat Erlbach (Bogt).

### Deutsche Jugendherbergen Zweigausschuß Sachsen.

#### Einladung zur Hauptversammlung Sonntag, den 8. Mai in Leipzig

Zugesetztes: Jahres- u. Kostenbericht; Beitrag; Wandern u. Naturforsch.; Jugend u. Arbeitsplan für 1925; Die Jugendbrigade und die Sachsenlotterie; Wahls; Anträge, Beschiedenes, Tert Vorstand. Otto Richter, 1. Vor.

Donnerstag, 23. April, 1/2 Uhr Logensaal, Ostra-Allee 15

### Schüler-Konzert der Gesangsschule Hermann u. Wilhelmine Nüssle.

Karten zu 1.—M. an der Abendkasse.

### Kaffeehaus Blesch Jeden Nachmittag Konzert

Flotte Zigeuner-Kapelle Direktion Pista Kovacs. Angenehmer Familien-Aufenthalt

Vorzügliches Gebäck aus eigener Konditorei

Jede Tasse Kaffee frisch zubereitet

125

65

55

45

35

25

15

10

5

2

&lt;p